

## Der Osten braucht eine aktive Strukturpolitik

---

Wolfgang Thierse, geb. 1943 in Breslau, studierte Kulturwissenschaften und Germanistik an der Humboldt-Universität in Berlin. Im Zusammenhang mit der „Biermann-Affäre“ wurde er aus dem Ministerium für Kunst der DDR entlassen und war seit Anfang 1977 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR. Im Juni 1990 wurde er zum Vorsitzenden der SPD der DDR und im September des gleichen Jahres zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der gesamtdeutschen SPD gewählt.

### Vor einer neuen Spaltung:

#### Ökonomische Lage im Osten und Westen Deutschlands

Die Vereinigung Deutschlands berührt jeden in unserem Land, die Menschen in den neuen Ländern jedoch unvergleichbar mehr als im Westen. Für uns Ostdeutsche sind plötzlich Dinge alltäglich geworden, die vor einem Jahr noch als unvorstellbar galten - die eigentliche Annäherung steht aber noch aus. Mit der staatlichen Vereinigung ist der formale Rahmen vollzogen, aber die in Jahrzehnten ausgebildeten unterschiedlichen Befindlichkeiten, die unterschiedlichen Kulturen, werden sich erst langsam einander annähern. Hoffentlich können und wollen dabei beide Teile etwas voneinander lernen, hoffentlich wird nicht bloß die Lebenswirklichkeit der einen der anderen Seite übergestülpt.

Im Folgenden sollen aus der *Perspektive des Ostens*, also der fünf neuen Bundesländer, die Probleme nach der staatlichen Vereinigung, wie sie am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde, beschrieben werden. Dies mag vielleicht als Schwäche erscheinen - zumal sich hier ein Nichtökonom äußert - dieser Blickwinkel ist aber notwendig, und zwar solange, bis die ökonomischen und sozialen Verhältnisse aus sich heraus eine gesamtdeutsche Sichtweise ermöglichen. Es ist sicherlich kein Fehler, eine kritische Betrachtung der Auswirkungen der deutschen Einheit auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik mit einigen harten ökonomischen Fakten zu beginnen. Zunächst also ein paar Daten - sie entstammen Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in (West) Berlin.

Das Bruttosozialprodukt in den fünf neuen Bundesländern ist im IV. Quartal 1990 um 30 Prozent geschrumpft. Laut Monatsbericht der Bundesbank von März 1991 ist die gesamtwirtschaftliche Produktion sogar um 50 Prozent gesunken. Die Bundesregierung stellt dazu im März im Jahreswirtschaftsbericht 1991 fest: „Wann die Talsohle überwunden sein wird, läßt sich jedoch nicht vorhersagen“. Prophezeihungen vom Jahreswechsel, daß dies im

Sommer 1991 geschehe, sind verklungen. Der größte Teil des Produktionseinbruchs im Osten geht auf die Verlagerung der Verbrauchsausgaben in den Westen zurück. Ein Viertel der gesamten Nachfrage, rund 12 Milliarden DM, flößen hierhin ab. Die Arbeitslosenquote betrug bereits Ende Februar 8,9 Prozent, die 1,7 Millionen Kurzarbeiter nicht gerechnet. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen, so das DIW, hat um 16,8 Prozent abgenommen. Der Bundesarbeitsminister sprach Ende Februar 1991 vom Zusammenbruch des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland und hielt bereits damals eine Arbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR von (kurzzeitig) 40 bis 45 Prozent für möglich. Übrigens, die sogenannte „Kurzarbeit Null“ unterscheidet sich nicht wesentlich von vollständiger Arbeitslosigkeit.

Diejenigen, die Arbeit behielten, konnten - in Prozenten ausgedrückt - kräftige Lohnzuwächse verzeichnen. Der Bruttolohn je Vollbeschäftigten stieg in der Ex-DDR im HL Quartal 1990 um 30 Prozent. Schaut man auf die absoluten Zahlen und berücksichtigt zudem die kräftig steigenden Lebenshaltungskosten, ist die Steigerung aber nicht sehr beeindruckend. Das durchschnittliche Gehalt liegt nun bei 1400 DM, verglichen mit 4000 DM im Westen. Bezieht man die Kurzarbeiter mit ein, liegt der Schnitt unter 1300 DM und der Zuwachs nur noch bei 19 Prozent.

Der Westteil der Bundesrepublik hat eine gesamtwirtschaftliche Expansion von 4,5 Prozent zu verzeichnen,<sup>1</sup> eine Rate, die wohl seit vielen Jahren nicht mehr erreicht wurde. Etwa 1,5 Prozentpunkte sind dabei direkt den Käufen ostdeutscher Haushalte und Betriebe im Westen zu verdanken. Die kräftigsten Wachstumsraten erzielten die Sektoren Nahrungs- und Genußmittel, Kraftfahrzeuge und Elektrotechnik, während gleichzeitig - in ursächlichem Zusammenhang damit - die genannten Branchen im Osten vollständig zusammengebrochen sind. Zugleich ging im Westen auch die Arbeitslosigkeit zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 886000 Personen, die stärkste Zunahme für ein Jahr seit Mitte der fünfziger Jahre, und die Zahl der Arbeitslosen nahm um 220000 ab.

Der Entwicklungstrend in seiner vollen Dramatik ist klar: Der schon im SED-Staat 1977 begonnene Verfall der Wirtschaft setzt sich nach der staatlichen Vereinigung in beschleunigtem Tempo fort. Trotz staatlicher Einheit droht Deutschland auf längere Sicht die Aufteilung in einen reichen Westen und einen armen Osten. Wir stehen also vor einer neuen Spaltung. Die erwarteten ökonomischen Anschubeffekte sind bisher ausgeblieben. Von Ausnahmen abgesehen, gibt es kaum produktive Investitionen, die westdeutsche Industrie begnügt sich mit Blick auf den dazugewonnenen Markt im Osten mit der Expansion ihrer Produktion im Westen. Mit anderen Worten: Der Westen, genauer gesagt, Teile seiner Industrie, aber auch die dort Beschäftigten beziehungsweise die ehemaligen Arbeitslosen profitieren von der deutschen Einheit, ohne daß dies dem Osten - abgesehen von den erweiterten Konsummöglichkeiten - bisher ökonomisch viel genutzt hätte.

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu und zu den folgenden Daten: Statistisches Bundesamt, 21. März 1991.

Dies ist lediglich eine nüchterne Bestandsaufnahme und nicht etwa eine verspätete Absage an die deutsche Einheit. Gegen das Argument, die bislang für die Menschen in Ostdeutschland negativen Resultate der Vereinigung würden nachträglich für eine Beibehaltung der Zweistaatlichkeit sprechen, gibt es zwei wichtige Gründe:

1. Eine eigenständige DDR-Ökonomie hätte auch mittelfristig aufgrund ihres immensen Modernisierungsrückstands keine Entwicklungsperspektive gehabt. Dafür sind die Schwierigkeiten in Polen und in Ungarn ein sinnfälliger Beleg.
2. Die übergroße Mehrheit der DDR-Bevölkerung hat der Zweistaatlichkeit eine Absage erteilt, sie wollte die Einheit. Die Wahlergebnisse des vergangenen Jahres sind hierfür der schlagende Beweis.

Natürlich ist es genauso unbestritten, daß die westdeutsche Bundesregierung, zum Teil gegen den Widerstand der Regierung der Großen Koalition der ehemaligen DDR, das Tempo der Vereinigung immer mehr forciert hat. Aber nur darüber, über das Tempo und die Bedingungen der Einheit, läßt sich heute noch streiten, nicht mehr über die Einheit als solche.

Die Debatte um die ökonomische Seite der deutschen Einheit ist bisher weitgehend als Kostendebatte geführt worden. Dies ist zwar im Rückblick verständlich, aber eben nur, weil es noch keine gesamtdeutschen Annährungsversuche an die Problemlösung gegeben hat. Konkreter: Angesichts der Tatsache, daß die westdeutsche konservativ-liberale Bundesregierung seit ihrem Regierungsantritt 1982 die Lohnquote um fast genau 10 Prozent, von 66,3 auf jetzt 56,2 Prozent im Jahre 1989, herabgedrückt und damit insgesamt 600 Milliarden DM zugunsten der Unternehmer und Vermögensbesitzer unverteilt hat - also fast soviel wie das Gesamtnettoeinkommen aller Arbeitnehmer im Jahre 1989 - war und ist die Frage sehr berechtigt: Wer soll die Kosten der deutschen Einheit tragen? Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen machen deutlich, wohin die Reise gehen soll. Aber wir haben gleichzeitig gesehen, daß die deutsche Einheit für Westdeutschland ein Geschäft ist, von bloßen Kosten kann also keine Rede sein.

Für die Menschen in meinem Teil Deutschlands hatte diese Debatte noch einen ganz anderen Effekt. Denn diejenigen, die, wie die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, primär die Fragen nach der Verteilung der Kosten stellten, gerieten auf zweierlei Weise in Mißkredit. Einmal fiel dadurch die - zugegeben - demagogische Argumentation auf fruchtbaren Boden, daß derjenige, der immer nur die Kostenfrage stellt, die Einheit eigentlich gar nicht will. Zum anderen drückt der Begriff der Kosten aus, daß es sich eigentlich um einen unerwünschten Effekt handelt. Hätte man stattdessen etwa von den für die Einheit bewußt und gewollt aufzubringenden Mitteln gesprochen, hätte der Eindruck mangelnder Solidaritätsbereitschaft vielleicht vermieden werden können - ganz abgesehen davon, daß die bisherigen Wirtschaftsdaten den Eindruck bloßer Kosten deutlich korrigieren.

Die Konzentration auf die Kostendebatte hat zudem verhindert, daß eine qualifizierte Debatte darüber in Gang gekommen ist, was mit welchem Geld von wem zu bewerkstelligen ist. Anders gefragt: Reicht es aus, eine im Prinzip funktionierende Rechts-, Wirtschafts- und Finanzordnung des einen Staates auf den anderen Staat überzustülpen, auf einen Staat mit einer bisher anders verfaßten Wirtschaftsordnung? Und wäre dann der Markt im Rahmen der freien oder auch sozial verstandenen Marktwirtschaft schon in der Lage, die gewünschten Effekte zu erzielen? Dies war und ist das Konzept der Bundesregierung. Die eingangs vorgestellten Daten erlauben natürlich unterschiedliche Bewertungen. Für die einen sind sie schon der Beweis des Scheiterns dieses Konzeptes. Für die anderen sind es unvermeidbare Friktionen, Flurbereinigungen, die kurzfristig notwendig sind, um den anschließenden Aufschwung vorzubereiten. Es bedarf also einer tiefergehenden Untersuchung, um die Frage zu beantworten, ob es sich nur um eine solche kurzfristige Abwärtstendenz oder aber um den Beginn einer dauerhaften Abwärtsspirale handelt.

#### Verfehlte Modernisierung in der ehemaligen DDR

Bei dem Versuch einer Antwort stütze ich mich auf die Ergebnisse kompetenter Fachleute, nämlich auf eine Studie des Göttinger SOFI-Institutes. Die erste zentrale - und ich denke gut belegte - These der Studie ist die, daß sich unterhalb der Grobklassifizierung - moderne kapitalistische Industriegesellschaft / realsozialistische Kommandowirtschaft - eine sehr viel differenziertere Binnenstruktur verbirgt. Das heißt, auch in den entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften lassen sich trotz des im Prinzip gleichen technologischen Potentials unterschiedliche Produktionsmodelle ausmachen, die sich in der Gestaltung der Produktionsabläufe, der Betriebs- und Unternehmensorganisation, der Markteinbindung sowie hinsichtlich des Ausbildungssystems unterscheiden.

Bezogen auf die ehemalige DDR besagt dies zunächst, daß sich in 40 Jahren ebenfalls ein eigenes Produktionsmodell herausgebildet hat, allerdings mit ganz spezifischen Modernisierungsblockaden. Dieses bisherige Produktionsmodell hat sich nun mit dem Zusammenbruch der DDR nicht einfach in Luft aufgelöst, vielmehr wirken seine Grundlagen in den Produktionsstrukturen, den Macht- und Interessenkonstellationen und den zugrundeliegenden Orientierungen der in diesen Bereichen Tätigen noch weitgehend fort. Daraus folgt zunächst schlüssig, daß dieser „interne“ Ausgangspunkt bei jedem wirtschaftspolitischen Handeln beachtet werden muß, also in gleichem Maße wichtig ist, wie das, was von außen - ob in Form von Kapital und Technik oder in Form von Strukturen - übernommen werden kann. Mit anderen Worten: Wirtschaftspolitisches Eingreifen, das Verändern von Rahmenbedingungen, kann vorhandene positive Tendenzen oder Strukturen befördern - oder es kann sie zerstören. Es kann Modernisierungsblockaden aufheben oder sie verstärken und damit Abwärtsspiralen in Gang setzen.

Die Ausgangsbedingungen waren nicht schlecht. Mit einem hohen prozentualen Anteil von Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, der Konzentration auf die Schlüsseltechnologien, dem starken Gewicht von Maschinenbau, elektronischer und Elektroindustrie und dem hohen Facharbeiteranteil bestand potentiell ein beachtliches Innovationspotential. Allerdings wurden durch die spezifische Entwicklung der Produktionsstrukturen der DDR-Wirtschaft Modernisierungsblockaden verursacht. Der Königsweg wurde - wie in den kapitalistischen Ländern bis in die siebziger Jahre - im sogenannten fordistischen Produktionsmodell gesehen, in einer industriellen Massenproduktion, die ihre Produktivitätssteigerungen über hohe Stückzahlen im Wege der Konzentration und Spezialisierung erreicht. Im Westen wurde dieses Akkumulationsmodell Mitte der siebziger Jahre abgelöst. Auslöser war das Emporschnellen der Innovationskosten durch die Beschleunigung des Entwicklungstempos; Kosten, die sich zudem in kürzer werdenden Zeiträumen amortisieren mußten. Die Tendenz, daß Großunternehmen immer weitere Produktionsbestandteile selbst herstellten, wurde umgekehrt, die traditionellen, vertikal-integrierten, hierarchisch-organisierten Großunternehmen stießen an ihre Grenzen. Der Trend ging in Richtung auf arbeitsteilige Zuliefernetzwerke, wenn möglich in regionaler Nachbarschaft des Endproduktherstellers. Besondere Bedeutung erlangte dabei eine durch den Druck der internationalen Märkte sich schnell entwickelnde Arbeitsteilung.

Die DDR-Wirtschaft hat dagegen diesen Übergang zu einem neuen, höher entwickelten Produktionsmodell nicht nur nicht mitgemacht, ihr Trend war aufgrund besonderer Problemkonstellationen - sogar exakt gegenläufig. Jahrzehntlang unzureichende Zulieferbedingungen führten zum forcierten Ausbau des Kombinatwesens, das heißt zur Entstehung außerordentlich großer Einheiten und damit faktisch einer Zerlegung der Gesamtwirtschaft in einzelne, gegeneinander abgeschlossene Reproduktionskreisläufe mit der Folge eines Rückgangs der Arbeitsteilung. Mit der Einbeziehung von Klein- und Handwerksbetrieben in die Kombinate wurden in den siebziger Jahren die letzten gesamtwirtschaftlichen Flexibilitätspotentiale zerschlagen. Aufgrund der Zulieferprobleme ging man - zunächst als Notlösung - dazu über, alles, was man nur schwer bekam, selbst herzustellen. Dieser Eigenbau von Maschinen und Anlagen avancierte unter dem Stichwort „Rationalisierungsmittelbau“ in den achtziger Jahren zu einem Hauptträger des Modernisierungsprozesses der DDR-Wirtschaft, allerdings unter katastrophalen Bedingungen.

Es entstand zu ökonomisch eigentlich untragbaren Kosten eine parallele Kleinserienproduktion, wobei die jeweiligen Einzelfertigungen nur im eigenen Kombinat, nicht aber in anderen verwendbar waren. Ende der achtziger Jahre stellten ungefähr 700 Betriebe parallel Industrieroboter her. Die durchschnittliche Produktion betrug nicht einmal 7 Exemplare im Jahr. So wurde das Rad gewissermaßen gleich mehrfach erfunden. Dies wirkte sich insbesondere im Bereich der Mikroelektronik katastrophal aus. Während hier

die Produktionsmaßstäbe international besonders groß sind, um die großen Vorleistungen amortisieren zu können, lagen die Stückzahlen der DDR-Hersteller um den Faktor 10 unter den internationalen Standards.

Hinzu kam ein weiteres blockierendes Element. Während im Westen die internationale Arbeitsteilung beschleunigt zunahm, waren die entsprechenden Bedingungen im RGW rückläufig. Trotz hoher Exportquoten der DDR in diesen gemeinsamen Wirtschaftsraum, insbesondere in die UdSSR, verblieben die Austauschbeziehungen auf niedrigem Niveau, die DDR erhielt für industrielle Fertigprodukte im Austausch vor allem Rohstoffe. Dies verstärkte die Autarkietendenz hin zu einem „Fordismus in einem Lande“. Gleichzeitig sanken die Anteile der DDR auf den Märkten der (westlichen) OECD-Länder seit Mitte der siebziger Jahre gerade in den besonders wachstumsintensiven Bereichen dramatisch. Das Ausweichen auf die sogenannten „weichen“ RGW-Märkte war die Konsequenz der eigenen Innovationschwäche. Für den Westexport blieb dagegen nur ein Restbestand, mit dem Schwergewicht auf rohstoff- und arbeitsintensiven Gütern. Der Bereich der forschungsintensiven Güter sank auf 25 Prozent.

Die Wirtschaftspolitik nach der deutschen Vereinigung hat diese Bedingungen nicht berücksichtigt: Die schnelle Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion führte zu einem weitreichenden Zusammenbruch des Inlandmarktes der DDR-Industrie, und der RGW-Markt brach durch die schwache Kaufkraft der Partnerländer und die fehlenden Mittel in konvertierbarer Währung fast vollständig weg. Der Produktionsschwerpunkt der ehemaligen DDR-Industrie lag nunmehr plötzlich bei einem Sortiment, bei dem die Betriebe unter Konkurrenzdruck aus den sogenannten Billiglohnländern gerieten, dem sie, das läßt sich schon jetzt prognostizieren, nicht lange standhalten können: Der „Lohnvorteil“ des Oststandorts gegenüber dem Westen wird - dafür werden hoffentlich die Gewerkschaften sorgen - in wenigen Jahren dahin sein. Dies ist im übrigen auch schon deshalb unabweisbar, weil sonst die Ost-West-Wanderungsbewegung qualifizierter Arbeitskräfte erneut sprunghaft ansteigen würde.

Die gegenwärtige Unternehmensstrategie im Osten zielt - auf Grund der fehlenden wirtschaftspolitischen Eingriffe und Hilfsmaßnahmen - zur Zeit darauf, die ehemals wertvollen Zulieferer abzustößen oder zu schließen und Abteilungen, insbesondere des Rationalisierungsmittelbaus, durch Ausgliederung zu verselbständigen. Die kombinatseigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten werden entweder radikal verkleinert oder ebenfalls verselbständigt, ohne daß es für diesen Bereich bisher neue Aufträge gibt. Damit geraten aber gerade jene Potentiale ins Abseits, die zuletzt die Hauptlast des Modernisierungsprozesses der DDR-Industrie zu tragen hatten - eine Entwicklung, die durch die Abwanderung von Fachkräften noch verstärkt wird.

Ich will ein erstes Fazit ziehen: Wird dieser Trend nicht gestoppt, drohen die neuen Bundesländer zu einer Region zu werden, die der Rolle Süditaliens

oder Portugals in der EG entspricht, die Rolle einer bestenfalls verlängerten Werkbank der westdeutschen Industrie, allerdings ohne eigenes Innovations- und Modernisierungspotential. Die Durchsetzung der bloß formalen Rahmenbedingungen der beiden Staatsverträge hat also nicht nur nicht ausgereicht, und der Markt hat nicht nur den Rest nicht von alleine geregelt, sondern stattdessen ist eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt worden, der durch politisches Handeln dringend entgegengesteuert werden muß.

Um das gesamte Ausmaß der Problemkonstellation zu erfassen, müssen wir einen zweiten Komplex hinzunehmen, der den traditionellen Aufgabenfeldern der Gewerkschaften noch ein Stück näher liegt: die Arbeitsbeziehungen. Die „Kommandowirtschaft“ hat eine spezifische, soziale Realität geschaffen, bei der trotz fehlender formeller Rechte der Beschäftigten die Stärke der Arbeiter auf der besonderen Konstellation beruhte, daß permanente Arbeitskräfteknappheit und weitreichende Kündigungsschutzregelungen den staatlichen Leitern das Instrument der Kündigung als Droh- und Lösungspotential entzog. Daraus entwickelte sich ein DDR-spezifischer Interessenkompromiß, treffend als Planerfüllungspakt bezeichnet, der, da nicht formell festgeschrieben, immer wieder neu austariert werden mußte.

Das betriebliche Interesse bestand dabei in der Erfüllung der rein quantitativ gefaßten Plankennziffern „Industrielle Warenproduktion“ (IWP). Dafür war man angesichts ständiger Zuliefer- und Logistikprobleme, von Maschinenstillständen und Reparaturen, auf die Leistungsbereitschaft und das Entgegenkommen der Beschäftigten angewiesen. Entsprechend kam diesen der Betrieb in der Lohn-Leistungs-Frage entgegen. Besser prämierte Überstunden, teilweise formal abgerechnet ohne geleistet worden zu sein, Wochenendarbeit und anderes waren die Gegenstände des Kompromisses, das Ergebnis war *eine immense Vergeudung von individueller und gesellschaftlicher Arbeit*, tendenziell auch auf Kosten der Qualität und der Anlagensubstanz. Das Festhalten an derartigen Interessenkompromissen in der Arbeitspolitik erwies sich aber da als weitere Modernisierungsblockade, wo die Verschiebung der Produktpalette in Richtung neuer und komplizierter Erzeugnisse andere Anforderungen stellte, und wo es auf Qualitätsproduktion und Kapazitätsauslastung ankam. Die passive Stärke der Beschäftigten hat nach der Vereinigung durch das Ende der Arbeitskräfteknappheit ihre Grundlage verloren. Ohne gewerkschaftliche oder ordnungspolitische Alternativen droht das sich jetzt entwickelnde „freie Spiel der Kräfte“ zwei Negativentwicklungen hervorzurufen: Erstens erhöht sich so das Risiko, daß diejenigen den Betrieb verlassen, die anderswo bessere Chancen für sich sehen, das heißt insbesondere die qualifizierten, leistungsstarken, flexiblen, jungen Produktionsarbeiter. Zweitens wird durch die Zerstörung der alten Kompromißstruktur ein Vakuum geschaffen, auf das von Seiten der Beschäftigten als Antwort eine Dienst-Nach-Vorschrift-Haltung naheliegt, die insbesondere für eine tayloristische Fertigung geradezu tödlich wirken muß. Zudem droht diese Strategie langfristig den Weg zu einem notwendigen neuen Interessenkompromiß zu

verbauen. Wird diese Abwärtsspirale nicht gestoppt, dann koppelt sich die Entwicklung in Ostdeutschland auch in dieser Hinsicht von den industriellen Reorganisationsprozessen im Westen ab.

#### Wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept notwendig

Soweit zu den von den SOFI-Forschern vorgelegten Ergebnissen. Wenn hier von zwei strukturell angelegten Abwärtsspiralen die Rede ist, dann heißt dies nicht, daß sich diese Tendenz überall durchsetzen wird, sie ist auch nicht unausweichlich, und es bedeutet ferner nicht, daß diese Entwicklung nicht wieder rückholbar wäre. Politisch wird gegenwärtig jedoch noch immer nicht nach einem Konzept zu ihrer Verhinderung gesucht. Stattdessen erleben wir in diesen Wochen den zweiten Teil einer bloßen Kostendebatte und die Auflage eines allein daran orientierten „Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost“ der Regierung. Dieses Gemeinschaftswerk klammert die Schlüsselprobleme der Wirtschaft in den neuen Ländern weiterhin aus.

Mit einigem Abstand zur Bundestagswahl sind inzwischen auch Steuererhöhungen beschlossene Sache, nachdem die Koalition in Bonn zunächst versucht hatte, sich mit höheren Telefongebühren, mit der Einführung von Autobahnabgaben bis hin zur Aufstockung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung darum herumzumogeln. Alle diese Mittel verteilen die Lasten aber im wesentlichen auf die sozial schlechter Gestellten. Neben der sozialen Schlagseite der Lastenverteilung richtet sich die Kritik gegen die rein fiskalpolitisch geführte Debatte über das Stopfen von Haushaltslöchern, die an Stelle der dringend nötigen Entscheidungen im Bereich von *originärer Wirtschafts- und Strukturpolitik* geführt wird. Umso größer erscheint mir deshalb die Verantwortung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu sein.

Um die Abwärtsspirale zu stoppen, müßten gezielt betriebliche Innovations- und Modernisierungsprozesse in den neuen Bundesländern gefördert werden, die die brachliegenden Potentiale auslasten können. Nötig ist ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept, innerhalb dessen gezielt private Investitionen in Mangelbereichen wie Wohnen, Verkehr und Umwelt gefördert werden. Die zunehmende Zerstörung der zentralen Industriestandorte wird auf die Dauer größeren Schaden anrichten und mehr soziale Kosten verursachen als deren Erhaltung. Erhaltung der Standorte heißt Übergänge schaffen - nicht, marode Betriebe auf unbestimmte Zeit künstlich zu erhalten.

Die besondere Verantwortung der Gewerkschaften liegt in der Forderung nach entsprechender Struktur- und Regionalpolitik und in ihrer Mitwirkung daran. Dabei ist zu berücksichtigen, daß national oder selbst auf Länderebene aufgelegte Programme nur eine beschränkte Wirkung im Sinne der eingangs formulierten Zielsetzung haben können. Die Kenntnisse darüber, in welchem Kombinat, in welchem Betrieb technologische Potentiale „brachliegen“, kann es nur in der Region und zum Teil sogar nur vor Ort geben. Wer, wenn nicht die Gewerkschaften, sollte sich der Aufgabe annehmen, Betriebs- und Regional-konzepte zu entwickeln, die sich in die Förderprogramme einpassen ließen?



Damit kommt den Gewerkschaften in den neuen Bundesländern - über die nächstliegende und nicht einfache Aufgabe, den Prozeß der Anpassung der Lohn- und Gehaltsstruktur zu forcieren, hinaus - eine Schlüsselrolle im ökonomischen Unibauprozeß in den neuen Bundesländern zu.

Ich plädiere also für die Einrichtung von Runden Tischen zur regionalen Strukturpolitik, an denen alle denkbaren interessierten und betroffenen gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen wären. Und ich halte es für überfällig, daß die Gewerkschaften weit stärker als bisher im Rahmen der Treuhandanstalt beteiligt werden.

Runde Tische oder Konzertierte Aktionen haben den Zweck, die allen gesellschaftlichen Gruppen und Interessen gemeinsamen Ziele zu verfolgen. An der industriellen und gewerblichen Verödung eines Drittels von Deutschland kann niemandem ernsthaft gelegen sein. Länder, Kommunen, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Arbeitsverwaltungen, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und selbstverständlich die Treuhand gehören an einen Tisch. Der Auftrag der Treuhandanstalt muß geändert werden, und an diesem Tisch kann gelernt werden, wie. Es können Konzepte für eine schlüssige Wirtschaftsförderungs- und -ansiedlungspolitik, für die Erhaltung von Betrieben und für Beschäftigungsinitiativen entstehen. Es könnte bis in die Köpfe der Bonner Politiker transportiert werden, daß die Fortsetzung der Abwärtsspirale weder individuell noch sozial verkraftet werden kann. Der soziale Friede in der Bundesrepublik Deutschland steht auf dem Spiel. Die Treuhand und Bonn, die Westdeutschen allgemein werden sonst zum Adressaten verzweifelten Zorns in den neuen Ländern. Dann wäre - auch das kann niemand wollen - die staatliche Einheit durch eine soziale Spaltung entlang der ehemaligen Grenze aufgehoben. Ein Wohlstandsgefälle ist für eine kurze Übergangszeit erträglich, die Menschen in den neuen Ländern haben damit gerechnet, aber im Westen eine Fortsetzung des Wachstums und im Osten Verzweiflung durch Vergeblichkeit jeden Bemühens: diesen Gegensatz würde keine Gesellschaft aushaken.

Die neuen Montagsdemonstrationen - es gibt inzwischen fast täglich Massenproteste gegen die soziale Deklassierung und die Entindustrialisierung in den neuen Ländern - sind wichtig. Hoffentlich schaffen sie es, daß im Westen das notwendige Problembewußtsein wächst. Protest allein ist jedoch noch keine Politik. Vor Ort muß entschieden werden können, welche arbeitsmarkt-relevanten Betriebe erhalten werden oder wie ihre Schließung organisiert, zeitlich gestreckt und mit den Bemühungen um die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze verzahnt werden kann. Entsprechende wirtschaftspolitische Lenkungsinstrumente stehen der Bundesregierung und den Ländern zur Verfügung; sie sind in den Strukturkrisen der Textil- und Werftindustrie, an Ruhr und Saar erprobt.

Die Treuhand-Anstalt sollte sich dabei auf ihre eigentliche Privatisierungsaufgabe konzentrieren, dies entspricht auch ihren Fähigkeiten. Für den Erhalt und die sozialverträgliche Anpassung der Betriebe und industriellen Struk-

turen müssen dagegen Bund und Länder aktiv werden. Die entsprechenden unternehmerischen Funktionen sollten sie eigenen finanzwirtschaftlichen Institutionen wie Beteiligungsgesellschaften und Landesentwicklungsbanken übertragen. Dazu ist die Änderung des Einigungsvertrages und der Satzung der Treuhandanstalt ebenso notwendig wie die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel, allerdings unter Einbeziehung der Summen, die der Treuhandanstalt dafür bisher zur Verfügung stehen.

Die Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen muß sich im übrigen nicht auf die regionalen Kirchtürme beschränken. Zusammen mit der vorgeschlagenen Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Treuhand werden übergreifende Konzepte denkbar. Ein Beispiel: Noch wird in Ostdeutschland weiter Braunkohle gefördert. Die Gründe sind im wesentlichen in der Sicherung der Energieversorgung und der Arbeitsplätze zu suchen. Ökologisch sind die Braunkohleverstromung und -verfeuerung sowie der Tagebau in der jetzigen Form auf Dauer nicht vertretbar. Ein Ausstieg ist denkbar, der der Steinkohle an Ruhr und Saar - aber bitte auch in Polen - nutzt. Die Energieversorgung könnte darauf umgestellt werden. Das würde einen Teil der Arbeitsplätze sichern. Die Rekultivierung der Tagebaugebiete wäre darüber hinaus eine Aufgabe von einem Jahrzehnt. Hier lägen Chancen für diejenigen, die bisher im Tagebau arbeiten. Natürlich kostet diese Vision Geld, unvermeidlich auch Geld aus öffentlichen Kassen.

Die Bundesregierung verbreitet derzeit Zufriedenheit darüber, daß genügend Geld da sei. Es muß im Interesse der noch Beschäftigten und der Arbeitslosen in den neuen Ländern darüber diskutiert werden, wie dieses Geld sinnvoll verwendet werden kann. Das Beispiel zeigt, daß es möglich ist, westdeutsche Interessen, in diesem Fall auch das an der Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses und ökologische Notwendigkeiten mit einer Politik des sozial verantwortbaren Strukturwandels in den neuen Ländern zu verknüpfen.